

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

Initiativanträge

(Lfd.-Nr. 1107)

Antrag Nr. IN104/II/o8

Heike Stock, Daniel Buchholz u.a.

eingebraucht mit den erforderlichen Unterschriften

Stand: 13.10.2008

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

Entscheidung des Landesparteitages

Annahme

Berliner Verbraucherzentrale nicht finanziell austrocknen: Beratung sozial benachteiligter BürgerInnen in Berlin sichern

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die Berliner SPD spricht sich für eine auskömmliche Finanzierung der Berliner Verbraucherzentrale aus. Angesichts der
3 großen Verunsicherung durch die weltweite Krise der Finanzmärkte ist es ein völlig falsches Signal, die Zuwendungen an
4 die Verbraucherzentrale für die nächsten Jahre auf dem jetzigen Stand einzufrieren und jegliche Erhöhungsmöglichkeiten
5 auszuschließen. Selbst Menschen, die in der Gesellschaft gut vernetzt sind und sich über Printmedien und das Internet global
6 informieren können, haben zunehmenden Beratungsbedarf. Vor allem MitbürgerInnen, die nur über ein Telefon verfügen
7 oder aus sozialen bzw. sprachlichen Gründen keinen Zugang zu modernen Informationsquellen haben, sind zunehmend von wirtschaftlichen Belastungen betroffen. Der Grundsatz „Wer arm ist, lebt teuer“, darf sich nicht durchsetzen!
8
9
10
11
12
13
14
15
16

17 Eine Deckelung der Landeszuwendungen an die Verbraucherzentrale Berlin bis zum Jahr 2013 auf dem Stand von 2005 ist daher keine sozialdemokratische Politik. Während Brandenburg derzeit 47 Cent pro Einwohner und Jahr an seine Verbraucherzentrale gibt, sind es in Berlin lediglich 18 Cent (Jahresbeitrag von 718.000 Euro). Der Landesparteitag fordert deshalb
18 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Abgeordnetenhausfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Verbraucherzentrale Berlin aktuell wie auch zukünftig auskömmlich finanziert wird. Die Landeszuweisungen sind dazu deutlich
19 zu erhöhen, insbesondere für die „aufsuchende Beratung“ sozial benachteiligter Gruppen, die Beratung über die Folgen der weltweiten Finanzkrise, steigende Energiepreise und sich selbst tragende Klimaschutzinvestitionen.
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

32 Darüber hinaus sind die Organisation und das Management der VZ Berlin weiter zu entwickeln, um den Anforderungen an eine moderne Verbraucherberatung gerecht zu werden.
33
34
35

36 Senat, Bezirke und die Verbraucherzentrale sind aufgefordert, Möglichkeiten zu finden, damit kurzfristig eine regelmäßige Präsenz der Verbraucherschutzberatung vor Ort in den Bezirken erfolgen kann (z.B. in Rathäusern oder Bürgerämtern, aber auch Senioreneinrichtungen oder Jugendclubs).
37
38
39
40